

II-9446 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 4767/J

1989-12-15

A N F R A G E

der Abgeordneten Mag. Guggenberger, Dr. Müller, Weinberger, Strobl und Genossen

an den Bundesminister für Gesundheit und öffentlicher Dienst
betreffend Errichtung zahnärztlicher Schlichtungsstellen

Aus der Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage 3810/J geht hervor, daß im Oktober 1988 eine Besprechung beim damaligen Bundesminister für Gesundheit und öffentlicher Dienst Dr. Franz Löschnak stattfand, an der neben Ressortvertretern u.a. auch Vertreter der Ärztekammer und der Dentistenkammer teilnahmen.

Dabei wurde Einvernehmen darüber erzielt, auf Landes- und Bundesebene zahnärztliche Schlichtungsstellen einzurichten. Deren Inanspruchnahme soll für die Patienten unentgeltlich sein, wobei anfallende Gutachterkosten von der Ärztekammer zu tragen sind.

Darüberhinaus wurde die Schaffung bundeseinheitlicher Honorarrichtlinien vereinbart.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten an den Bundesminister für Gesundheit und öffentlicher Dienst nachstehende

A n f r a g e :

1. Sind die in Aussicht genommenen zahnärztlichen Schlichtungsstellen mittlerweile sowohl in allen Bundesländern, als auch auf Bundesebene installiert?

- 2 -

2. Wenn ja, wieviele Patienten nahmen diese Schlichtungsstellen bisher in Anspruch?
3. Welcherart sind die Probleme, mit denen diese Einrichtungen bisher befaßt wurden?
4. Liegen die ebenfalls vereinbarten bundeseinheitlichen Honorarrichtlinien bereits vor?
5. In welcher Weise werden diese Richtlinien den Patienten nützlich sein?